



Wahlprüfsteine der **Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen** für die **Wahlen zum Europäischen Parlament im Juni 2024**

Die **Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen** (SRzG), kurz: Stiftung Generationengerechtigkeit, ist eine Denkfabrik, die von einer überparteilichen Allianz fünf junger Menschen im Alter von 18 bis 27 Jahren ins Leben gerufen wurde. Die Stiftung wird von einem der jüngsten Stiftungsvorstände Deutschlands geleitet. Wir setzen uns für eine Politik, Wirtschaft und Gesellschaft ein, die die Rechte zukünftiger Generationen berücksichtigt, die planetarischen Grenzen einhält, Kosten nicht ohne den Nutzen in die Zukunft verlagert, Zukunftsinvestitionen tätigt, langfristige Probleme kraftvoll anpackt und die Demokratie nachhaltig stärkt.

Inhalt

1. Klimapolitik ^[1]	3
2. Nachhaltige Finanzpolitik – Schuldenbremse plus Investitionsgebot ^[2]	5
3. Bildungspolitik – Investieren in die Zukunft.....	8
4. Agrarpolitik – Nachhaltige Landwirtschaft	10
5. Arbeitsmarktpolitik – Strukturelle Diskriminierung junger Menschen ^[3]	14
6. Digitalpolitik	17
7. Mitbestimmung der jungen Generation ^[4]	20
8. Rentenpolitik ^[5]	22

Hinweis:

Zur Europa-Wahl 2024 treten in Deutschland 35 Parteien und politische Vereinigungen an. Die SRzG hat ihre Wahlprüfsteine bei den folgenden Parteien entweder per Mail oder über ein Formular eingereicht: CDU/CSU, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, AfD, Die Linke, FDP, Die Partei, Freie Wähler, Tierschutzpartei, ÖDP, Familienpartei, Volt, Piratenpartei sowie Bündnis Sahra Wagenknecht. Leider durften nur acht Fragen mit 300 Zeichen eingereicht werden, was deutlich weniger war als [unser erstellter Fragenkatalog](#). Wir haben von folgenden Parteien eine Rückmeldung erhalten: CDU/CSU, SPD, Die Linke, FDP, ÖDP, Volt und die Piratenpartei. Die Partei von Bündnis 90/Die Grünen teilte uns mit, dass sie aufgrund mangelnder Kapazitäten den Fragenkatalog nicht beantworten konnte. Von den anderen Parteien erhielten wir keine Rückmeldung.

Die Antworten finden Sie in der Reihenfolge des Abschneidens der Parteien bei der vorherigen EU-Wahl, also 2019.



Stiftung für die Rechte
zukünftiger Generationen

Anregungen für die Themenkomplexe bieten die Positionspapiere der SRzG unter
generationengerechtigkeit.info, in der Rubrik >Publikationen > Positionspapiere

¹ „Generationengerechte Klimapolitik“

² „Staatsverschuldung: Sparen für die Zukunft statt an der Zukunft!“

³ „Die Lage der jungen Generation auf dem Arbeitsmarkt“

⁴ „Wahlrecht für ältere Kinder und Jugendliche“ sowie “Die generationengerechte Partei - Ein Elf-Punkte Plan“, „Nachwuchsquoten in Parteien und Parlamenten“

⁵ „Rente und Pensionen“ sowie „Mit der Erwerbstätigenversicherung jetzt beginnen: mehr Solidarität und weniger Generationen-Ungerechtigkeit“



1. Klimapolitik ^[1]

Eine intakte Umwelt stellt die Lebensgrundlage der zukünftigen Generationen dar. Diese Lebensgrundlage wird u.a. durch die Folgen des Klimawandels, Biodiversitätsverlust, übermäßigen Ressourcenabbau und Schadstoffeintrag stark gefährdet. Die aktuellen Klimaziele der EU unter dem Green New Deal fordern tiefgreifende Veränderungen, um die Erderwärmung auf möglichst 1,5 °C bzw. deutlich unter 2 °C zu begrenzen, wie es das Abkommen von Paris vorsieht.

Frage:

Wie stehen Sie zur Einrichtung eines Klimarates, zusammengesetzt aus zufällig ausgelosten Bürgerinnen und Bürgern, auf europäischer Ebene (ähnlich dem französischen Modell von 2019-2020 oder dem österreichischen Modell von 2022)?

Antworten:

- CDU/CSU:** Als CDU und CSU sind wir skeptisch, ob das Konzept von Bürgerräten in unserer repräsentativen Demokratie einen brauchbaren Mehrwert schaffen kann. Unser „Bürgerrat“ sind zuallererst der Deutsche Bundestag mit seinen vom Volk gewählten Repräsentanten und unsere Wahlkreise als Resonanzräume. Legitime Bemühungen um mehr Bürgerbeteiligung dürfen nicht zu einer fortschreitenden Erosion des Konzepts der repräsentativen Demokratie führen. Unsere Kritik gilt dabei nicht den engagierten Bürgern, die sich ideenreich und ausgleichend in den Bürgerräten einbringen wollen, jedoch brauchen wir zuallererst ein gutes Verfahrensreglement und die effektive Wahrung von Minderheitsrechten.
- SPD:** Klimaräte können ein gutes Mittel sein, um Bürgerinnen und Bürger stärker an der demokratischen, europäischen Entscheidungsfindung zu beteiligen. Das Beispiel der Konferenz zur Zukunft Europas hat gezeigt, dass ähnliche Beteiligungsformen eine gute Ergänzung zur repräsentativen Demokratie durch das Europäische Parlament sind.
- Die Linke:** Wir haben nur eine Chance, die Klimakrise aufzuhalten, wenn wir es schaffen, Mehrheiten zu überzeugen. Die Einrichtung eines europäischen Klimarates oder ähnliche demokratische Formate können ein Teil davon sein. Den Beteiligten in Klimaräten ist es bisher gelungen, verschiedene gesellschaftliche Interessen abzuwägen und geeignete Maßnahmen für sozial gerechten Klimaschutz zu empfehlen. Es besteht allerdings die Gefahr (wie in Österreich und Frankreich), dass die Maßnahmen im Anschluss von der Politik nicht umgesetzt werden. Ein Klimarat simuliert



dann eine schöne Debatte, aber leider ohne Effekt. Im schlimmsten Fall kostet es wertvolle Zeit im Kampf gegen die Klimakrise. Denn die nötigen Maßnahmen liegen auf dem Tisch: Ausbau des öffentlichen Verkehrs mit billigen Preisen, Ausbau von gemeinnütziger Erneuerbare Energie, Industrie umbauen im Sinne der Beschäftigten, Luxuskonsum wie Privatjets verbieten. Es geht darum, all dies gegen die Interessen der Reichen und Konzerne umzusetzen.

FDP: Die FDP setzt auf den Emissionshandel (ETS) und Technologieoffenheit, um die europäischen Klimaziele zu erreichen. Der Emissionshandel ist das effektivste und effizienteste Klimaschutzinstrument, da er ein klares Treibhausgaslimit vorgibt. Bis 2035 wollen wir die Systeme ETS 1 und 2 zusammenlegen, damit sie noch effizienter werden, und verbliebene Emissionsquellen wie die Abfall- und Landwirtschaft einbeziehen. Mittelfristiges Ziel ist eine einheitliche CO₂-Bepreisung. Uns Freien Demokraten ist wichtig, dass wir die Menschen beim Klimaschutz mitnehmen. Der Emissionshandel trägt dazu bei, indem CO₂ dort reduziert wird, wo es am kostengünstigsten möglich ist. Zur finanziellen Entlastung der Menschen wollen wir ETS-Einnahmen nutzen. Wir halten es für wichtig, den direkten Dialog mit Bürgerinnen und Bürgern zu stärken. Bei möglichen Beteiligungsformaten muss jedoch klargestellt sein, dass nur das Parlament legitimierte Entscheidungen trifft, der Beratungsauftrag klar eingegrenzt und die Erwartungen klar definiert sind.

ÖDP: Die ÖDP setzt sich für mehr Mitbestimmung und Transparenz der Bürgerinnen und Bürger ein. Darüber hinaus setzt sich die ÖDP für Volksentscheide und Volksbegehren ein, insbesondere auf der Bundesebene, aber auch der europäischen Ebene. Als Vorstufe für alle Projekte sind Bürgerbeteiligungsverfahren zwingend erforderlich, um die Akzeptanz der Projekte sicherzustellen. Ein Klimarat auf Bundesebene mit einer breiten gesellschaftlichen Debatte würde sicherlich die Zustimmung zu notwendigen politischen und gesellschaftlichen Änderungen erhöhen. Daher unterstützen wir einen solchen Klimarat ausdrücklich.

Volt: Volt fordert die Einrichtung einer ständigen Europäischen Bürger*innenversammlung, die sich aus einer nach Zufallsprinzip ausgewählten Gruppe von Bürger*innen zusammensetzt und deren Mitglieder rotieren. Die Versammlung würde transnationale Dialoge zu einem breiten Spektrum von Themen anstoßen - gerne auch zum Klimaschutz! Die daraus resultierenden Empfehlungen müssen in den einschlägigen politischen Diskussionen berücksichtigt werden.



Piratenpartei: PIRATEN wollen, dass die Menschen sowohl in der politischen Debatte als auch im Entscheidungsprozess direkter und umfassender mitwirken können. Das Europäische Parlament muss ein Instrument für die E-Partizipation einrichten. Bürgerinnen und Bürger sollten in der Lage sein, Gesetzesvorschläge öffentlich zu diskutieren, Änderungsvorschläge zu unterbreiten und online zu unterstützen (oder dagegen zu stimmen). Dies sehen wir als breiter vertretene und interessierte Öffentlichkeit, als einen Rat aus zufällig zusammen kommenden Personen.

2. Nachhaltige Finanzpolitik – Schuldenbremse plus Investitionsgebot [2]

Grundsätzlich misst sich der Erfolg einer politischen Partei immer an ihrer Wiederwahl. Eine Partei, die die nächste Wahl gewinnen will, hat einen Anreiz, Schulden aufzunehmen, anstatt heute Ausgaben zu kürzen oder Steuern zu erhöhen. Es ist für Parteien immer reizvoll, Wahlgeschenke über Schulden zu finanzieren. Gleichzeitig werden damit die negativen Auswirkungen, also die Zinslasten, an kommende Generationen weitergereicht. In der Finanzpolitik geht es aber immer um zwei Aspekte der Generationengerechtigkeit:

- *Es darf keine zu große explizite und implizite Staatsverschuldung an kommende Generationen hinterlassen werden*
- *Es müssen ausreichend Investitionen getätigt werden.*

Beide Aspekte sind aber aus Sicht der SRzG kein Widerspruch, sondern lassen sich durch die Formel „Schuldenbremse plus Investitionsgebot“ gleichermaßen verwirklichen. Wir fordern, dass an den Maastricht-Kriterien nichts geändert wird, aber zusätzlich wollen wir ein Investitionsgebot festschreiben. Idealerweise hat die EU einen ausgeglichenen Haushalt bei hoher Investitionsquote.

Frage:

Sind Sie dafür, dass die EU auch künftig selbst keine Schulden (z.B. Eurobonds) machen darf? Halten Sie die Schuldenbremsen, so wie sie sich europäische Länder (z.B. Deutschland) nach der Finanzkrise 2009 in ihre Verfassungen geschrieben haben, für erhaltenswert?

Antworten:

CDU/CSU: Wir stehen für eine echte Stabilitätsunion und sind gegen eine Schuldenunion. Die Aufnahme von Krediten zur Finanzierung des Corona-Wiederaufbaufonds in der Notlage der Pandemie muss eine Ausnahme bleiben. Die nationalen Schuldenbremsen halten wir für sinnvoll und erhaltenswert.



- SPD:** Wir stehen für eine solide Haushaltspolitik, die allen Mitgliedstaaten wichtige Zukunftsinvestitionen ermöglicht. Bei der Finanzierung ist zwischen konsumtiven und investiven Ausgaben zu unterscheiden: Wir wollen, dass auch Staaten mit einem höheren Schuldenstand in der Lage sind, Investitionen, z. B. für Klimaschutz, zu tätigen. Starre Vorgaben zur Kreditaufnahme lehnen wir ab, denn sie verhindern Investitionen und beeinträchtigen die Handlungsfähigkeit der Staaten. Der europäische Wiederaufbaufonds hat solidarisches Handeln in der Krise sowie Impulse für Zukunftsinvestitionen ermöglicht. Wir setzen uns für Instrumente ein, um die europäische Wirtschaft und ihre Arbeitnehmer in der Transformation zu unterstützen und akuten Krisensituationen auch durch eine gemeinschaftliche Kreditaufnahme solidarisch zu begegnen. Denn mehr öffentliche Mittel sind notwendig, um die Herausforderungen der Transformation zu meistern.
- Die Linke:** Nein, wir setzen uns für eine eigene Schuldenaufnahme der EU ein. Wir kämpfen für eine starke, unabhängige EU, die den sozialen und ökologischen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft organisiert. Für die Finanzierung soll die EU eigene Kredite an den Finanzmärkten aufnehmen, für die sie selbst haftet. Der Vorteil: Die Konditionen sind besser und es werden gemeinsame Klimaschutz-Projekte gefördert. Nein, wir halten die strengen Fiskalregeln nicht für erhaltenswert. Die europäischen Fiskalregeln – wie die deutsche Schuldenbremse – haben wichtige öffentliche Investitionen verhindert. Angesichts der Krisen unserer Zeit braucht es eine dauerhafte und zielgerichtete Investitionspolitik in die Zukunft der Menschen: Umbau der Wirtschaft, Klimaschutz, Bildung, sozialer Wohnbau und Ausbau von Bus und Bahn. Um ausreichend Investitionen zu ermöglichen, die einen nachhaltigen Mehrwert heute und in Zukunft für die Gesellschaft haben, wollen wir europäischen Fiskalregeln grundsätzlich überarbeiten.
- FDP:** Wir stehen für solide Finanzen. Mit der FDP wird es keinen Einstieg in eine Schuldenunion geben. Europa muss in der kommenden Legislaturperiode wie vereinbart mit der Tilgung der für den Corona-Solidaritätsfonds aufgenommenen Kredite beginnen. Eurobonds lehnen wir ab. Die Einnahmen der EU sollen wie bisher hauptsächlich aus Überweisungen von Mitgliedstaaten, bemessen an ihrer Wirtschaftskraft, stammen. Für uns hat die Bekämpfung der Inflation oberste Priorität. Die Politik auf EU-Ebene und in den Mitgliedstaaten muss die Inflationsbekämpfung durch die EZB bestmöglich unterstützen. Dazu gehört eine Haushaltspolitik, die auf weitere schuldenfinanzierte Konjunkturprogramme verzichtet. Die im



Grundgesetz verankerte Schuldenbremse ist ein Gebot der Vernunft und der Generationengerechtigkeit. Sie trägt dazu bei, dass Deutschland mit soliden Finanzen auch in Zukunft handlungsfähig bleibt.

ÖDP:

Ja, eine höhere Neuverschuldung belastet künftige Generationen und ist nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Generationengerechtigkeit aus Artikel 20 a GG unzulässig. Trotzdem sollte man differenziert über die Schuldenbremsen bewerten, insbesondere dann, wenn es sich um Investitionen handelt. Um den Wandel hin zu einer klimaneutralen EU bis spätestens 2050 zu gewährleisten, müssen Investitionen in Klimaschutztechnologien erfolgen. Die EU muss Investitionen in Infrastrukturen unterstützen, um allen Mitgliedsstaaten die Nutzung dieser Technologien zu ermöglichen. Durch eine gemeinsame Kreditaufnahme können günstige Konditionen zur Finanzierung dieser Maßnahmen erzielt werden, die auch Gegenwerte darstellen, um die ökologische Wende bei Energie, Mobilität und Wirtschaft zu beschleunigen.

Volt:

Volt steht für ambitionierte und zugleich ehrliche Politik. Die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft ist mit finanziellem Aufwand verbunden. Dabei muss zwischen Ausgaben für einmalige Investitionen und politischen Maßnahmen mit regelmäßigem Finanzierungsbedarf unterschieden werden. Investitionen in unsere Zukunft, wie beispielsweise die Transformation zur Klimaneutralität und zum Aufholen der Versäumnisse in der Digitalisierung gedacht sind, sehen wir nicht als Belastung zukünftiger Generationen: Im Gegenteil, sie sind die notwendigen Investitionen für eine lebenswerte gemeinsame Zukunft. Sie rechtfertigen entsprechend die Aufnahme von Schulden. Auch die Europäische Union sollte unter der gemeinsamen Führung eines EU-Finanzministeriums zu Investitionszwecken Schulden aufnehmen dürfen.

Piratenpartei:

Zu den Einnahmequellen der EU gehören: Beitragszahlungen der Mitgliedsländer; Einfuhrzölle auf Erzeugnisse aus Drittländern; eine neue Abgabe auf nicht recycelbare Plastikverpackungen; Geldbußen für Unternehmen, die EU-Vorschriften nicht einhalten. Die EU-Länder vereinbaren die Höhe des EU-Haushalts und die Modalitäten seiner Finanzierung mehrere Jahre im Voraus. Somit besteht keine Notwendigkeit der Kreditaufnahme. Wir PIRATEN stehen für einen europaweiten flächendeckenden Erhalt und Ausbau der Infrastruktur. Es besteht die Gefahr zusätzlicher Mittelkürzungen für unsere Infrastruktur durch die europäische Schuldenbremse, den Fiskalpakt. Das zukünftige Europaparlament soll sich dafür einsetzen, ausreichende Investitionen in den Erhalt der öffentlichen Infrastruktur zu gewährleisten. Die Verkehrswende in Europa



braucht ein nachhaltig finanziertes Verkehrssystem, lebenswerte Wohnräume und einen höheren Schienenanteil um Umwelt und Klima zu schonen sowie den Personen- und Warentransport sicherzustellen. In der forcierten Einmischung der Europäischen Kommission in die Haushaltspolitik einzelner Mitgliedstaaten sehen wir PIRATEN eine Missachtung des Demokratieprinzips und eine akute Gefahr für die wirtschaftliche Entwicklung und den Einigungsprozess in Europa. Wir lehnen den europäischen Fiskalpakt daher als demokratisch nicht legitimierten Eingriff in die Haushaltshoheit der Mitgliedstaaten ab. Weitere Schritte zur Integration der Eurozone erfordern zwingend eine verstärkte demokratische Legitimation und Rechenschaftspflichten sowie die Ausweitung der parlamentarischen Kontrollrechte.

3. Bildungspolitik – Investieren in die Zukunft

Investitionen in Bildung sind Investitionen in die Zukunft. Sie befähigen die jüngeren Generationen zu gesellschaftlicher, wirtschaftlicher und politischer Teilhabe und sichern den Wohlstand von morgen.

Frage:

Sind Sie dafür, das Budget für Bildungsprogramme (z.B. ERASMUS+) an EU-Universitäten zu erhöhen? Sind Sie dafür, dass auch weiterhin junge Menschen zum 18. Geburtstag ein Interrail-Ticket (Discover EU) geschenkt bekommen können, damit sie sich mit dem Kontinent vertraut machen können?

Antworten:

CDU/CSU: CDU und CSU werden junge Menschen durch Erasmus+ weiterhin fördern. Wir setzen uns für die Erweiterung und finanzielle Aufstockung des „Erasmus+“-Programms ein, das Studentinnen und Studenten, Auszubildenden und Schülern ermöglicht, einen Teil ihrer Ausbildung im europäischen Ausland zu absolvieren. Außerdem wollen CDU und CSU den Jugendaustausch und die Freiwilligenprogramme in Europa stärken und die Mobilität junger Menschen - etwa mit dem Ausbau von „DiscoverEU“ - umfassender unterstützen.

SPD: Wir Sozialdemokrat*innen setzen uns insgesamt für eine Mittelerhöhung in ERASMUS+ ein, wovon die Europäischen Universitätsallianzen und die Aktion DiscoverEU, beides Teile des Programms, gleichermaßen profitieren.



ren. Langfristig ist es unser Ziel jedem jungen Menschen in der EU, der dies möchte, mindestens eine durch ERASMUS+ geförderte Lernerfahrung völlig unabhängig vom eigenen finanziellen Hintergrund zu ermöglichen.

Die Linke: Die Linke hat sich beim letzten EU-Haushalt erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Mittel für Erasmus+ fast verdoppelt wurden. Wir hatten sogar eine Verdreifachung vorgeschlagen. Wir sehen in Erasmus+ eine wichtige Chance für junge Menschen und Bildungseinrichtungen, Europa persönlich zu erleben. Zudem werden jetzt Menschen mit weniger Geld und Menschen mit Behinderungen und besonderen Bedürfnissen besonders gefördert, damit alle von europäischem Austausch profitieren können. Wir unterstützen das geschenkte Interrail-Ticket zum 18. Geburtstag. Allerdings profitieren Jugendliche, deren Eltern mehr Geld haben, oft stärker davon, denn nicht alle können es sich leisten, mit 18 durch Europa zu reisen. Die Linke kämpft für Umverteilung von Reichtum und Einkommen, damit alle in Europa ein auskömmliches Leben führen können - und 18-Jährige ein geschenktes Interrail-Ticket auch nutzen können. Zudem ist klar: Zugfahren ins europäische Ausland ist zu teuer und muss bezahlbar werden.

FDP: Erasmus+ ist eine Erfolgsgeschichte. Es hat Millionen jungen Menschen Auslandserfahrungen in Europa ermöglicht. Darauf wollen wir aufbauen, indem wir Erasmus+ stärken und den Zugang auch für Lehrkräfte, Schülerinnen und Schüler sowie Azubis verbessern. Mittels einer Online-Plattform zur Vernetzung von Betrieben, Berufsschulen und Azubis wollen wir Auszubildenden einen Auslandsaufenthalt erleichtern. Unser Ziel ist, dass alle Schülerinnen und Schüler sechs Monate ihrer Schulzeit im Ausland verbringen können, unabhängig vom Einkommen der Eltern. Schließlich ist Erasmus+ ein Weg, die Zivilgesellschaften Europas und seiner Nachbarländer enger zu vernetzen. Der Interrail-Pass, der sich an junge Menschen richtet, erfreut sich seit Jahren hoher Beliebtheit. Darüber hinaus fordern wir die Einführung eines gemeinsamen Europa-Tickets für alle jungen Europäerinnen und Europäer, das nicht nur Bahnstrecken, sondern auch den öffentlichen Personennahverkehr umfasst.

ÖDP: Chancengleichheit soll für alle in Europa gewährleistet sein. Das durch die EU finanzierte Studenten- und Azubi-Austauschprogramm ERASMUS+ soll stärker gefördert werden, denn es trägt u.a. zur allgemeinen Völkerverständigung und zur persönlichen Entwicklung bei. Damit können Studierende, die über weniger finanzielle Mittel verfügen, besser



Stiftung für die Rechte
zukünftiger Generationen

gefördert werden. Darüber hinaus sind Mittel in Bildungs- und Wissenschaftsprogramme für junge Menschen grundsätzlich sinnvoll. Auch ein kostenfreies Interrail-Ticket zum 18. Geburtstag würden wir als ÖDP begrüßen.

Volt: Volt unterstützt eine deutliche Aufstockung der EU-Austauschprogramme und Verbindungen auf der ganzen Welt, um die globale Zusammenarbeit und das gegenseitige Verständnis zu stärken und einen auf die Menschen ausgerichteten Ansatz für die Globalisierung zu fördern. Jugendprogramme wie Erasmus+ und die Zusammenarbeit mit Organisationen und Einzelpersonen aus Drittländern müssen fortgesetzt, vereinfacht und auf mehr Teilnehmer*innen aus Drittländern ausgeweitet werden.

Piratenpartei: Die Teilhabe in Würde und Freiheit von allen Erasmusstudierenden ist zu gewährleisten. Durch diese Maßnahmen können alle jungen Menschen unterstützt werden, Gleichaltrige aus verschiedenen europäischen Ländern kennenzulernen und interkulturelle Kompetenzen zu entwickeln. Insofern können wir beide Fragestellungen bejahen.

4. Agrarpolitik – Nachhaltige Landwirtschaft

Landwirtschaft steht zusätzlich zur Bereitstellung von Nahrungsmitteln in Verbindung mit einer Vielzahl anderer Politikziele wie Klimaschutz, Umweltschutz und Entwicklung im ländlichen Raum.

Frage:

Wie wollen Sie sicherstellen, dass die europäische Agrarwirtschaft im Rahmen ihrer Nahrungsmittelherstellung auch ihrer bedeutenden Rolle beim Klimaschutz und dem Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen nachkommt?

Antworten:

CDU/CSU: Die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) muss den Landwirten Anreize geben, noch nachhaltiger zu wirtschaften. Das geht aber nur, wenn sie weiterhin eine starke ökonomische Säule hat, die Schutz auf volatilen Märkten bietet und es den Landwirten erlaubt, ein ausreichendes Einkommen zu erzielen. Die Direktzahlungen sollen eine echte Honorierung der vielfältigen Leistungen der Landwirtschaft sein und stark vereinfacht werden. Um mehr Nachhaltigkeit zu erreichen, setzen wir auf Innovation, Koope-



ration und Anreize. In der nächsten Legislaturperiode des europäischen Parlaments werden wir einen starken Impuls für Präzisionslandwirtschaft, neue Züchtungstechnologien, integriertes Schädlingsmanagement und den Einsatz von Robotik in der Landwirtschaft setzen, um so die Umwelt- und Klimaziele ohne Ertragseinbußen und Einschränkungen der Landwirtschaft zu erreichen.

SPD: Die SPD legt ihren Fokus auf die Unterstützung von eigentümergeführten, kleinen und mittleren Betrieben und den Klima-, Umwelt- und Tierschutz. Wir wollen ein Rahmenwerk, das eine gerechtere und am Gemeinwohl ausgerichtete Agrarpolitik möglich macht und wir wollen, dass Gemeinwohlleistungen für die Landwirt*innen zur Einkommenssicherung dienen. Der Schutz des Klimas und der Umwelt wird zu einem zusätzlichen Einkommen für die Landwirt*innen. Gleichzeitig müssen wir sicherstellen, dass die Landwirt*innen für ihre Produktion einen fairen Preis erhalten. Dafür muss eine Reihe an Reformen greifen, die die Landwirt*innen durch eine verbesserte Marktordnung schützen. Dadurch wird die Produktion von landwirtschaftlichen Erzeugnissen wieder rentabel und Landwirt*innen erbringen einen größeren Beitrag zum Klima- und Umweltschutz.

Die Linke: Die Linke kämpft für eine ökologisch nachhaltige Landwirtschaft, die nicht große Konzerne in den Mittelpunkt stellt, sondern die Versorgung der Menschen mit guten Lebensmitteln. Landwirtschaft, die das Klima und die Natur schont und mit Tierschutz vereinbar ist. Und dafür, dass die Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, davon gut leben können. Die Linke setzt sich für eine grundlegende Reform der EU-Agrarpolitik ein: Zahlungen müssen an Umwelt- und Sozialkriterien und Tierschutz gebunden werden, denn die bisherige Kopplung an die Fläche setzt falsche Anreize und begünstigt die Großbetriebe, bei denen Umwelt- und Klimaschutz meistens zu kurz kommt. Wir wollen faire Mindesterzeugerpreise für Bäuer*innen und die Preisexplosion bei Lebensmitteln aktiv bekämpfen. Leitendes Prinzip linker Agrarpolitik ist eine auf das Gemeinwohl orientierte Landwirtschaft, die auf Ernährungssouveränität und eine Produktion von Lebensmitteln im Einklang mit Wildnis und Klimaschutz ausgerichtet ist.

FDP: Der Emissionshandel ist das effektivste und effizienteste Klimaschutzinstrument, da er ein klares Treibhausgaslimit vorgibt. Bis 2035 wollen wir die Systeme ETS 1 und 2 zusammenlegen, damit sie noch effizienter werden, und verbliebene Emissionsquellen wie die Abfall- und Landwirtschaft



einbeziehen. Zudem wollen wir das EU-Klimaziel um ein eigenes Negativ-Emissionsziel erweitern. Wer der Atmosphäre durch Aufforstung oder technische Methoden Treibhausgase entnimmt, soll ein kostenfreies Zertifikat erhalten, ohne dass die Gesamtmenge an Zertifikaten ansteigt. Auch die CO₂-Bindung im Agrarbereich muss berücksichtigt werden. Wir Freie Demokraten treten außerdem für ein grundlegendes Update für die Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) ein und wollen die Landwirtinnen und Landwirte unabhängiger von der Agrarförderung machen. Unser Ziel ist, dass gezielter Investitionen und Innovationen gefördert werden. Davon profitieren die Landwirtinnen und Landwirte direkt, indem beispielsweise Technologien gefördert werden, mit denen der integrierte Naturschutz gestärkt wird, ohne dass Erträge eingebüßt werden müssen. Das kommt zudem gesellschaftlichen Anforderungen nach. Wir sehen angesichts aktueller und auch aufkommender Herausforderungen wie zunehmender Ressourcenknappheit, Klimawandel und wachsender Weltbevölkerung in der Pflanzenforschung und -züchtung einen wesentlichen Baustein, die landwirtschaftliche Produktion nachhaltiger zu gestalten und besser an sich wandelnde Umweltbedingungen anzupassen. Neue Züchtungstechniken, wie das Genome Editing, liefern bereits heute vielversprechende Antworten auf veränderte Umweltbedingungen. Dünge- und Pflanzenschutzmittel wollen wir durch Innovationen und digitale Technologien gemeinsam mit den Landwirten reduzieren.

ÖDP:

Das Ausbauziel 30 Prozent Ökolandbau bis 2030 hat durch das ÖDP-Volksbegehren „Artenvielfalt und Naturschönheit in Bayern - Rettet die Bienen" gesetzlichen Rang erhalten – ein Vorbild für die EU. Vor allem eine verbindliche Bioquote von mindestens 30 Prozent Biolebensmittel, möglichst aus der Region, in allen öffentlichen Einrichtungen mit Gemeinschaftsverpflegung (Behörden, Kitas, Schulen, Krankenhäuser) muss endlich kommen. Das wäre eine wirksame Förderung der heimischen Öko-Landwirtschaft. Diesen Weg möchte die ÖDP auch in anderen Bundesländern und auf europäischer Ebene unterstützen. Die jahrzehntelange verfehlte EU-Subventionspolitik sorgte für fortschreitende Industrialisierung auch in der Tierhaltung. Wachstums- und Weltmarkt-orientierung und gesetzliche Mindeststandards in der Nutztierhaltung, die nicht von den Bedürfnissen der Tiere ausgehen, verursachen millionenfaches systematisiertes Tierleid in europäischen Ställen. Die ÖDP will eine artgemäße sowie verhaltensgerechte Haltung und Fütterung als Maxime bei allen EU-Haltungsverordnungen und der gemeinsamen Agrarpolitik.



Volt: Subventionen in die Landwirtschaft müssen sich an deren Folgen für die Umwelt ausrichten. Volt steht für die Abschaffung der Subventionen für umweltschädliche landwirtschaftliche Praktiken und Zahlungen pro Hektar Landbesitz. Stattdessen sollen Modelle der regenerativen Landwirtschaft unterstützt werden, bei denen nachhaltige und ökologische Lebensmittel, die Wiederherstellung der Bodengesundheit, die Reduzierung von Pestiziden, eine nachhaltige Wasser- und Bodennutzung, die Umkehrung des Verlusts der biologischen Vielfalt und der Tierschutz stark gefördert werden.

Piratenpartei: Da wir ein Teil der Natur sind, hängt unsere Lebensqualität von natürlichen Ressourcen wie unverschmutztem Wasser, Luft, Boden und Lebensmitteln in unseren Häusern ab. Wir müssen eine nachhaltige und gesunde Lebensmittelproduktion für alle erreichen, jetzt und in Zukunft. Wir setzen uns für eine starke Rolle der Ausschüsse ENVI, AGRI, PECH und REGI ein, vorausgesetzt, es werden Lehren aus den Fehlern der Vergangenheit in der EU-Agrarpolitik gezogen. Es ist ihre Aufgabe, unsere natürlichen Ressourcen zu schützen und die Ausbeutung der Natur in ein Gedeihen der Natur zu verwandeln. Wir fordern, dass die ehrgeizigen Umweltversprechen und -pläne, die auf EU- und internationaler Ebene gemacht wurden, eingehalten (und wenn möglich übertroffen) werden. Dies gilt sowohl für die Erhaltung und Förderung der biologischen Vielfalt in Agrarökosystemen als auch für die Treibhausgasemissionen der Landwirtschaft. Wir wollen eine Gemeinsame Agrarpolitik, die die natürliche und kulturelle Vielfalt unterstützt. Wir sind überzeugt, dass die Vielfalt der Nahrungsmittelproduktion, die lokal angepasst ist und in den Händen vieler unabhängiger und selbstbestimmter Akteure liegt, auch Ernährungssicherheit und Lebensqualität auf dem Land und in den Städten gewährleistet. Die GAP sollte die Landwirte dazu ermutigen, sich an den Klimawandel anzupassen, was die Technologien und die Wahl der Kulturen oder Rassen betrifft. Die GAP muss einen Rahmen bieten, der gleiche Rechte, Chancen und Verpflichtungen festlegt. Die Rolle der Subventionen in der europäischen Agrarpolitik muss sich in Richtung einer stärkeren Ausrichtung auf Vielfalt und Gleichheit ändern. Finanzielle Unterstützung muss nach Kriterien der Nachhaltigkeit gewährt werden und nicht auf der Grundlage der Fläche oder der Produktion.



5. Arbeitsmarktpolitik – Strukturelle Diskriminierung junger Menschen

[3]

Junge Menschen sind von hoher Jugendarbeitslosigkeit, von zunehmenden Verschuldungsraten in manchen EU-Ländern, aber auch Niedriglöhnen oder verwundbaren Beschäftigungsformen wie Leih- und Teilzeitarbeit oder Befristungen betroffen. Junge Beschäftigte haben zudem geringeren rechtlichen Schutz vor Kündigungen. All dies erschwert auch die Zukunftsplanung junger Menschen.

Frage:

Welche arbeitsmarktpolitischen Aktivitäten planen Sie, um die strukturelle Diskriminierung junger Menschen auf dem freien Arbeitsmarkt und im öffentlichen Dienst zu bekämpfen? Inwiefern plant Ihre Partei, Europa als Wirtschaftsstandort für junge Gründer und Gründerinnen attraktiver zu machen?

Antworten:

CDU/CSU: Wir wollen dem Fachkräftemangel in Deutschland europäisch begegnen und mehr Menschen in Arbeit bringen. Durch eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf wollen wir es insbesondere Frauen ermöglichen, von Teilzeit auf Vollzeit zu wechseln. Wir wollen den Anteil von Frauen in der Wissenschaft, Forschung, Mathematik und im Ingenieurwesen erhöhen. Gleichzeitig müssen die Fähigkeiten junger Menschen aus ganz Europa zur Bekämpfung des Fachkräftemangels in Deutschland gefördert und genutzt werden. Dafür müssen insbesondere alle Hürden beseitigt werden, die es bei der Arbeitnehmerfreizügigkeit noch gibt. Darüber hinaus wollen wir die Bildungs- und Ausbildungsmobilität stärken, um Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen. Die Mitgliedstaaten sollen Anerkennungsverfahren und Transparenzinstrumente für die berufliche Bildung weiter vereinfachen. Darüber hinaus wollen wir Europa zum Zentrum der Leistungsfähigkeit machen. Wir wollen die Zusammenarbeit zwischen den innovativen Regionen in Europa einerseits und den Regionen im Transformationsprozess andererseits stärken. Europa soll sich zum Nummer-1-Standort für Start-ups entwickeln. Sie brauchen einen niedrighwelligen Marktzugang, weniger Bürokratie und einen besseren Zugang zu vorhandenem Kapital.

SPD: Um den Übergang in die Berufswelt zu erleichtern, fordern wir neben einem Qualitätsrahmen für Praktika eine angemessene Finanzierung der Jugendgarantie. Diese muss durch europäische Fördertöpfe getragen



werden. Zugleich setzen wir uns für die Förderung guter Arbeit mit guter Bezahlung für alle ein. Die Mindestlohnrichtlinie und die Richtlinie zur Lohntransparenz waren bereits wichtige Meilensteine, die vollständig umgesetzt werden müssen. Zusätzlich kämpfen für die Reform des Vergaberechts, damit öffentliche Gelder nur noch für gute Arbeit gezahlt werden. Wir begrüßen auch Initiativen zur Förderung von Existenzgründungen, wie Erasmus für Jungunternehmer*innen und das Europäische Unternehmensförderungs-netzwerk. Und wir setzen uns dafür ein, dass übermäßige Regulierung für Gründer*innen dort abgebaut wird, wo sie Investitionen verhindern und wir wollen, dass der Zugang zu Finanzierungsmöglichkeiten erleichtert wird.

Die Linke: Die Linke setzt sich für deutlich mehr öffentliche Investitionen in Bildung und Ausbildung ein, damit alle jungen Menschen gut in den Beruf starten können. In Deutschland hat fast ein Fünftel der 20-35-Jährigen keinen Berufsabschluss. Das sind 2,9 Millionen Menschen, denen Chancen für die Zukunft vorenthalten werden. Schon in der Schule haben in Deutschland Kinder aus weniger privilegierten Familien schlechtere Chancen als in anderen europäischen Ländern. In Deutschland hängt der Bildungserfolg von Kindern weit stärker als in anderen Ländern vom familiären Hintergrund ab. Jede*r Fünfte verlässt in Deutschland die Schule ohne ausreichend lesen zu können. Das ist in einem reichen Land ein Skandal. Jedes Jahr suchen zehntausende Jugendliche vergeblich einen Ausbildungsplatz. Immer weniger Unternehmen bilden aus, trotz Fachkräftemangel. Die Linke setzt für eine Ausbildungsplatzumlage ein, die ausbildungswillige Betriebe unterstützt und Betriebe, die nicht ausbilden, an den Kosten beteiligt.

FDP: Wir Freie Demokraten sind überzeugt, dass Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik zu Recht Aufgabe der Mitgliedstaaten sind. Nur in Fragen, die tatsächlich eine erhebliche grenzüberschreitende Bedeutung für den Binnenmarkt oder die Freizügigkeit haben, ist die EU politisch gefordert. Gründerinnen und Gründern sowie jungen Unternehmen in der Wachstumsphase wollen wir in der EU eine nachhaltige Finanzierung ermöglichen. Insbesondere wollen wir eine europäische Venture-Capital-Verordnung, die beste Bedingungen für Wagniskapital schafft. Zudem setzen wir uns für eine Vereinheitlichung der Regeln zum Crowdfunding in der Europäischen Union ein. Wir wollen außerdem ein unabhängiges Inkubator-Programm etablieren, das europaweit in großer Zahl Unternehmensgründungen anregt, coacht und zur Finanzierung über privates Wagniskapital bringt.



- ÖDP:** Start-ups mit ihren Existenzgründern haben eine wichtige Rolle bei der wirtschaftlichen Entwicklung insbesondere für die Kommunen. Sie stehen für Innovation und für die Positionierung neuer Produkte und Dienstleistungen auf dem Markt. Hier sind alle politischen Ebenen (EU, Bund, Länder und Gemeinden) gefragt. Vor allem die Kommunen müssen hier gezielt unterstützt werden, um Gründerinnen und Gründer zu helfen. Wir setzen uns daher für weitere Maßnahmen zur Unterstützung ein, z. B. Etablierung einer zentralen Anlaufstelle bei den Kommunen, finanzielle Förderungen, z. B. in Form des Angebots mietvergünstigter Immobilien, Co-Working-Büros oder einer ermäßigten Gewerbesteuer. Strukturelle Diskriminierungen junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt müssen in der Tat beseitigt werden. Hierzu hat die ÖDP leider noch keine detaillierten Positionen erarbeitet.
- Volt:** Ein starkes Europa braucht eine starke Wirtschaft. Volt arbeitet an einer EU-Fachkräfte-Matching-Plattform (EU-Talentpool) um Arbeitnehmer*innen den vollständigen, europäischen Markt zugänglich zu machen und ihnen gute Verhandlungspositionen mit Arbeitnehmer*innen zu ermöglichen. Innovative Köpfe möchte Volt fördern. Auf nationaler und europäischer Ebene sollen europäische Netzwerk von Gründerzentren aufgebaut werden, die in beratender Funktion Start-Ups und KMU zur Seite stehen.
- Piratenpartei:** Einerseits hat gerade eine Studie der Bertelsmann-Stiftung bestätigt, dass es mit entsprechendem finanziellem und familiärem Hintergrund wahrscheinlicher ist, ein Unternehmensgründung überhaupt aber auch erfolgreich durchzuführen, als ohne. Hier wäre ein Fond mit Wagniskapital, was insbesondere den Gründern und Gründerinnen ohne diesen Background zur Verfügung steht, denkbar. Alternativ bietet sich die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens an, um wenigstens zu vermeiden, dass beim Scheitern einer Gründung die Gefahr besteht, jeglichen finanziellen Halt zu verlieren. Eine strukturelle Diskriminierung junger Menschen auf dem Arbeitsmarkt, privat wie öffentlich, können wir nicht feststellen. Im Gegenteil, beide Bereiche werben um qualifizierten Nachwuchs mit verschiedensten Mitteln und Anreizen. Somit liegt unser Augenmerk auf der Vermittlung von passender Bildung, um den immer komplexer, digitaler und technischer werdenden Anforderungen in weiten Teilen von Industrie und Handwerk aber auch in Verwaltung und Dienstleistung gerecht zu werden. Was im öffentlichen Bereich noch ein Problem ist, sind die Aufstiegsmöglichkeiten. Hier wird sich mit dem Ausscheiden der



geburtstarken Jahrgänge aus dem Arbeitsleben jedoch in überschaubarer Zeit eine Entspannung ergeben.

6. Digitalpolitik

Von der Digitalisierung sind alle Menschen betroffen, aber die heute Jungen werden intensiver und länger mit dieser neuen Lebensrealität zu tun haben. Junge Menschen sind tendenziell versierter im Umgang mit digitalen Anwendungen, aber auch verletzlich z.B. in Bezug auf digitale Rechte.

Frage:

Digitale Lösungen können zur Bewältigung großer Herausforderungen beitragen, enthalten aber auch Risiken. Wie wollen sie mit der Gefahr von Fake News durch soziale Medien umgehen? Planen Sie strengere Vorgaben für die Algorithmen von TikTok oder ähnliche Apps?

Antworten:

CDU/CSU: Das Recht auf freie Meinungsäußerung ist auch im Digitalen ein sehr hohes Gut, das CDU und CSU schützen wollen. Im Kontext von Desinformation sowie illegalen Inhalten besteht ein berechtigter Anspruch, Inhalte melden und entfernen (lassen) zu können. CDU und CSU sehen hierbei im Digital Services Act sowie AI Act wichtige Maßnahmen, um für mehr Transparenz und Verantwortlichkeit zu sorgen und gegen Desinformation vorgehen zu können. Das gilt für alle Anbieter sozialer Netzwerke gleichermaßen. Es stehen große Fragezeichen im Raum, ob TikTok derzeit allen Anforderungen etwa im Hinblick auf den Jugendschutz, Bekämpfung von Desinformation und den Zugang von Forschern hinreichend gerecht wird. Wir begrüßen daher, dass die EU-Kommission ein förmliches Verfahren gegen TikTok eingeleitet hat.

SPD: Den besten Schutz gegen FakeNews bietet die jeweils eigene Medienkompetenz, hier müssen wir in allen Altersgruppen unserer Gesellschaft für einen deutliche Zuwachs an Medienkompetenz sorgen. Mit dem Europäischen Medienfreiheitsgesetz wollen wir auch erreichen, dass die EU-Bürger*innen verloren gegangenes Vertrauen in europäische, professionell erstellte Qualitätsmedien, privat wie öffentlich-rechtlich, zurückgewinnen. Die EU hat mit dem Artificial Intelligence Act das erste umfassende Regelung künstlicher Intelligenz verabschiedet. Im nächsten Schritt werden wir darauf achten, ob damit die politisch gewünschte



Beherrschbarkeit von Algorithmen erreicht wird und nötigenfalls zeitnah nachjustieren. Davon zu unterscheiden ist TikTok, bei dem vor allem die Nähe zur chinesischen Regierung und der Umgang mit unseren datenschutzrechtlichen Standards aktuell Sorgen bereiten, denen wir aber mit den vorhandenen gesetzlichen Mitteln durch ihre konsequente und rechtmäßige Anwendung begegnen können.

Die Linke: Ja. Die Linke setzt sich für ein radikales Umdenken hin zu gemeinwohlorientierten Plattformen und wirklich sozialen Netzwerken ein anstelle der Profitmaschinen der Konzerne. Nur wenn die Algorithmen der Plattformen nachvollziehbar sind, können Nutzer*innen verlässlich geschützt werden. Unternehmen haben in der Regel kein Interesse daran, sondern programmieren ihre Anwendungen so, dass Nutzer*innen möglichst lange auf der Plattform bleiben. Damit fördern sie Sucht, Desinformation und Filterblasen. Entscheidungsfreiheit, freie Meinungsbildung und informationelle Selbstbestimmung gehen verloren. Wir wollen deshalb gemeinnützige Geschäftsmodelle stärken, die keinen Anreiz haben, ihre Nutzer*innen zu manipulieren. Dazu gehört auch ein starker Datenschutz. Algorithmen müssen reguliert und offengelegt werden. Medien- und Datenschutzkompetenz von Kindern und Jugendlichen muss möglichst früh flächendeckend gefördert werden.

FDP: Um insbesondere den Kinder- und Jugendmedienschutz auf europäischer Ebene zukunftsfähig zu gestalten und gleichzeitig ein sicheres Online-Umfeld zu schaffen, in dem die Kinderrechte auf Schutz, Befähigung und Teilhabe auch in einer digitalisierten Gesellschaft sichergestellt sind, sollten die Jugendschutzniveaus harmonisiert sowie europaweite Altersverifikationssysteme eingeführt werden. Diese Maßnahmen sollen sicherstellen, dass der Zugang zu den jeweiligen individuellen altersgerechten Inhalten gewährt wird und eine Teilhabe für alle Jugendlichen möglich gemacht wird. Daneben wollen wir alle Bürgerinnen und Bürger in Europa besser vor Desinformation schützen. Hierfür wollen wir die strategische Kommunikation im Europäischen Auswärtigen Dienst stärken und weitere Arbeitsgruppen nach dem Modell der East StratCom Task Force ausbauen. Nationalen Stellen, die Desinformationskampagnen analysieren und bekämpfen, soll eine Plattform zum Austausch ihrer Erkenntnisse und Erfahrungen geboten werden. Zum Schutz der Demokratie und insbesondere von freien und fairen Wahlen gehört auch, dass die EU gegen Angriffe durch Desinformationskampagnen ausländischer Akteure gewappnet ist und diesen mit Fakten begegnet. Als Freie Demokraten beobachten wir die Entwicklungen und Debatten rund um die App



TikTok sehr genau. Insbesondere weil die App so erfolgreich ist und es immer wieder Berichte über Datenschutzprobleme sowie Zensurmechanismen auf der Plattform gibt, ist ein vorsichtiger Umgang mit TikTok angezeigt. Ein Verbot von TikTok fordern wir zum jetzigen Zeitpunkt nicht. Viel nachhaltiger ist es, die Mündigkeit und Medienkompetenz jedes Einzelnen zu stärken.

ÖDP: Die ÖDP fordert einen Schutz vor gezielter gesellschaftlicher und politischer Manipulation durch Internetdienste wie Social Media, ermöglicht durch individuell gewählte und gefilterte Informationsverteilung. Die ÖDP befürwortet auch härtere Strafen gegen Hass und Gewalt in den Sozialen Medien.

Volt: Medienkompetenz und kritisches Denken sind wichtige Kompetenzen in der Gesellschaft des 21. Jahrhunderts und gehören dringend in die Bildungspläne, damit junge Menschen sich zu verantwortungsbewussten Bürger*innen entwickeln, indem sie demokratische Teilhabe, Medienkompetenz und kritisches Denken erlernen. Ein weiteres Standbein sind klare Spielregeln für Soziale Netzwerke: Um gezielt gegen Hass, Hetze und Desinformation vorzugehen, braucht es einheitliche Regelungen und Sanktionen. Diese müssen von der EU entwickelt werden und für alle Sozialen Netzwerke auf dem europäischen Markt gelten. Betreiber müssen in die Pflicht genommen werden und entsprechend die Verbreitung von Desinformationen in ihren Netzwerken bekämpfen.

Piratenpartei: Wir sehen in einer kontinuierlichen, fächerübergreifenden Medienbildung die beste Möglichkeit, einen verantwortungsvollen Umgang und eine Unterscheidung von echten und falschen Informationen im Netz zu erkennen. Dies wirkt sich dann auf die Nutzung und Einordnung aller sozialen und sonstigen Medien aus, sodass es keiner gesonderten Regeln für TikTok oder ähnliche Apps bedarf. Da wir bei der schleichenden Umsetzung von allem, was mit Digitalisierung in Deutschland zu tun hat, wissen, dass dies noch ein weiter Weg ist, muss bis dahin das Prinzip "Löschen statt Sperren" umgesetzt werden. Dies darf aber nicht durch eine Künstliche Intelligenz entschieden werden. Verschiedene Beispiele in der Vergangenheit haben die Fehleranfälligkeit einer derartigen Vorgehensweise gezeigt.



7. Mitbestimmung der jungen Generation ^[4]

Die Interessen, Bedürfnisse und Sorgen der jungen und zukünftigen Generationen finden in den Parteien und Parlamenten wenig Gehör. Dies liegt auch daran, dass jungen Menschen bei Wahlen und Abstimmungen, sowie in Parteien und Parlamenten häufig eine zahlenmäßige Übermacht der Älteren gegenübersteht.

Frage:

Wie stehen Sie zur Einführung von Jugend- oder Nachwuchsquoten (Prozentsatz von neuen Kandidierenden) in Ihrer eigenen Partei? Unterstützen Sie länderübergreifende Teilhabe-Initiativen für junge Menschen, wie beispielsweise ein EU-weites Jugendparlament?

Antworten:

CDU/CSU:

CDU und CSU halten die Einbindung junger Menschen in politische Prozesse für wichtig und unterstützen Maßnahmen, die ihre Teilhabe fördern. Grundsätzlich sollen junge Menschen und ihre Perspektiven in der Parteiarbeit vertreten sein, aber statt Quoten sollten zunächst andere Maßnahmen ausgeschöpft werden, um Nachwuchs zu gewinnen. Darüber hinaus befürworten CDU und CSU länderübergreifende Initiativen, die jungen Menschen die Möglichkeit geben, sich auf europäischer Ebene einzubringen. Ein EU-weites Jugendparlament wäre ein solches Instrument, das nicht nur die politische Bildung und das europäische Bewusstsein stärkt, sondern auch die Stimme der Jugend in Entscheidungsprozessen der EU hörbar macht. CDU und CSU sehen in der aktiven Beteiligung junger Menschen an der Gestaltung ihrer Zukunft auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene, einen wesentlichen Beitrag zur Stärkung unserer Demokratie.

SPD:

Wir sind eher skeptisch, ob hier eine Quote tatsächlich unmittelbar zu einer wirkungsvolleren Mitbestimmung junger Menschen führen würde. Jedoch setzen wir uns sehr dafür ein, dass wir online Beteiligungstools, wie wir sie bereits im Rahmen der „Konferenz zur Zukunft Europas“ erfolgreich eingesetzt haben, gerade für junge Menschen im Europäischen Parlament verstetigen, so dass sie sich mit ihren Anliegen direkt an die europäische Politik wenden können und dort auch nachverfolgen können, wie der ihrerseits geschilderte Sachverhalt weiterbearbeitet wird. Viele sozialdemokratische Europaabgeordnete haben bereits mit dem Europäischen Jugendparlament zusammengearbeitet und dabei positive wie inspirierende Erfahrungen sammeln können und möchten diese stets konstruktive Zusammenarbeit künftig fortsetzen.



- Die Linke:** Die Linke steht dafür ein, dass alle Menschen politisch vertreten werden. Wir setzen uns besonders für diejenigen ein, die wegen ihres sozialen Status, ihrer Herkunft, Sprache, Religion, ihres Geschlechts oder Alters weniger gesehen oder gar diskriminiert werden. Die Linke stellt ihre Wahllisten quotiert nach Geschlecht auf, so dass immer zur Hälfte Frauen gewählt werden. Um neuen Kandidierenden systematisch Raum auf den Wahllisten zu schaffen, hat der Parteivorstand einen Diskussionsprozess in der Partei über die Begrenzung von Mandatszeiten beschlossen. Anschließend wird ein Parteitag über eine Änderung der Satzung und der Wahlordnung der Linken entscheiden. Ein Europäisches Jugendparlament unterstützen wir als Lernort für die Demokratie. Über die Demokratie in Europa muss immer wieder offen und ernsthaft diskutiert werden - in den Parlamenten der Mitgliedstaaten, im Europäischen Parlament und in der Öffentlichkeit. Dazu trägt das Europäische Jugendparlament bei.
- FDP:** Wir Freie Demokraten haben mit den Jungen Liberalen eine starke und selbstbewusste Vorfeldorganisation. Einige FDP-Abgeordnete, die in den Parlamenten Politik gestalten, sind zugleich Mitglied der Jungen Liberalen. Quoten sind aus unserer Sicht deshalb nicht notwendig und auch das falsche Instrument zur Förderung von Parteinachwuchs. Wir unterstützen Initiativen wie das Europäische Jugendparlament oder den Jugenddialog, um das politische Engagement junger Menschen zu fördern. Mit unserer Fraktion im Europäischen Parlament Renew Europe haben wir zudem verschiedene Formate zur Jugendbeteiligung etabliert. Neben einer Summer School haben wir auch die Renew Youth Academy eingeführt, wo die Beteiligung junger Menschen an Gesetzgebungsprozessen im Mittelpunkt steht. Gemeinsam haben wir ein Prioritätenpaket für junge Menschen für die Arbeit der liberalen Fraktion für EU-Gesetze und Projekte entwickelt.
- ÖDP:** Die ÖDP sieht Quoten grundsätzlich kritisch, weil sie Probleme nicht immer sachgerecht lösen können. Die Teilhabe junger Menschen in den Parteien scheitert nicht an fehlenden Quoten, sondern daran, dass sich leider immer weniger junge Menschen in Parteien engagieren wollen. In der ÖDP habe junge Menschen gute Chance sich politisch einzubringen und bekleiden bereits Mandate und Parteiämter. Ein EU-weites Jugendparlament wird von der ÖDP unterstützt, gerade weil der Anteil junger Menschen im Vergleich zur Gesamtbevölkerung geringer ist, und damit die Interessen von Kindern und Jugendlichen effizienter vertreten werden können.



Volt: Volt ist eine Partei mit verhältnismäßig jungen Mitgliedern. In Deutschland liegt der Altersdurchschnitt bei aktuell 35 Jahren - Jugend- und Nachwuchsquoten in der eigenen Partei sind entsprechend aktuell nicht unser Fokus. Grundsätzlich befürworten wir im Sinne einer vielfältigen Demokratie allerdings Initiativen zur Politisierung junger Menschen.

Piratenpartei: Prinzipiell sehen wir Quoten als einen Eingriff in die innere Organisation der Parteien. Genauso prinzipiell kann bei uns jedes Mitglied ab dem gesetzlich zulässigen Alter um ein Mandat kandidieren. So sind die Plätze 2 (Anne Herpertz) und 3 (Lukas Küffner) mit 26 und 22 Jahren nicht nur auf aussichtsreichen Plätzen zur Europawahl, sondern auch ehemalige bzw. aktueller Bundesvorsitzender der Piratenpartei Deutschland. Anmerken möchten wir an dieser Stelle, dass Lukas Küffner einer der Antragstellenden beim Bundesverfassungsgericht war, der für das Wahlrecht ab 16 Jahren bei der EU-Wahl gesorgt hat. In diversen Kommunen haben wir uns schon für eine stärkere Partizipation Jugendlicher eingesetzt, auch in Jugendparlamenten. Somit stehen wir generell auch dem Wunsch nach einem EU-weiten Jugendparlament offen gegenüber.

8. Rentenpolitik ^[5]

Abgeordnete in Deutschland zahlen während ihrer Mandatszeit nicht in die Deutsche Rentenversicherung ein. Folglich beziehen sie keine Altersrente, sondern eine eigene Abgeordnetenpension. Diese Regelung wird stark kritisiert. Die SRzG setzt sich dafür ein, dass alle Erwerbstätigen während ihrer Erwerbsphase (dazu gehört auch die Vollzeittätigkeit als Politiker:in in Parlamenten während der Wahrnehmung eines Mandats) in die gesetzliche Rentenversicherung einbezogen sind. Ein wichtiges Etappen-Ziel hin zu dieser allgemeinen Erwerbstätigenversicherung wäre der Einbezug der Abgeordneten in die deutsche Rentenversicherung. Die Erwerbstätigenversicherung würde zu mehr Solidarität, soziale Gerechtigkeit und Generationengerechtigkeit führen.

Frage:

Sind Sie dafür, dass deutsche Politiker und Politikerinnen, die ins EU-Parlament einziehen, während ihrer Mandatszeit in die Deutsche Rentenversicherung einzahlen (anstatt vom Deutschen Staat einen Anspruch auf eine Abgeordnetenpension zu bekommen)?

Antworten:

CDU/CSU: Nein.

SPD: Die ehemaligen deutschen EU-Abgeordneten im Ruhestandsalter erhalten ihre Pension nicht vom deutschen Staat, sondern aus dem europäischen Haushalt. Die Pension bemisst sich anhand der Dauer des Mandates. Die Schaffung eines gemeinsamen europäischen Vergütungssystems



für EU-Abgeordnete in 2009 war richtig und notwendig, weil es zuvor große Unterschiede zwischen den Abgeordneten aus den verschiedenen Mitgliedstaaten gab. Aus unserer Sicht ist richtig, dass die Abgeordnetenpension europäisch geregelt wird, wie das auch für die Pension der Beamten der EU der Fall ist. Als SPD sind wir offen dafür, dass das Renteneintrittsalter für diese Abgeordnetenpension angehoben wird.

- Die Linke:** Ja. Wir setzen uns dafür ein, dass alle Menschen mit Erwerbseinkommen - also auch die Abgeordneten in den verschiedenen Parlamenten, die Beamtinnen und Beamten, die Freiberuflerinnen und Selbstständigen, die (Spitzen-) Managerinnen und Manager - in die gesetzliche Rentenversicherung einzahlen. Eine solche Ausweitung der gesetzlichen Alterssicherung - die wir als "Solidarische Erwerbstätigenversicherung" bezeichnen - würde mittelfristig die Finanzen der gesetzlichen Rentenversicherung stabilisieren.
- FDP:** Die Einbeziehung weiterer Gruppen in die Gesetzliche Rentenversicherung wird oft als mögliche Stabilisierungsmaßnahme für die Rentenkasse angeführt. Das Hauptproblem der Umlagefinanzierung ist jedoch die Bevölkerungsentwicklung. Es muss außerdem beachtet werden, dass alle Einzahler zum Renteneintritt selbstverständlich auch Ansprüche gegenüber der Gesetzlichen Rentenversicherung haben.
- ÖDP:** Ja, die ÖDP ist dafür. Die ÖDP fordert Generationengerechtigkeit durch gleiche öffentliche Leistungen für die Jugendsicherung einerseits und die Alterssicherung andererseits in jedem EU-Land. Wir sind für die Einbeziehung aller Bevölkerungsgruppen in die gesetzliche Jugend- und Alterssicherung auf der Grundlage des Umlageverfahrens (gesellschaftlicher Generationenvertrag).
- Volt:** Wir haben für Ihre Frage leider keine konkrete Antwort, sind uns aber bewusst, dass die Rentenversicherung eine tragende Säule für den zukünftigen sozialen Frieden ist. Wir sehen in einer Reform der Rentenversicherung einen wichtigen Beitrag zur Zukunftsfähigkeit Deutschlands.
- Piratenpartei:** Wir setzen uns generell für die Einbeziehung sämtlicher Einkommen in die Zahlungen für die Deutsche Rentenversicherung unter Aufhebung von Beitragsbemessungsgrenzen ein. Dementsprechend gilt dies auch für deutsche Politiker und Politikerinnen.



Stiftung für die Rechte
zukünftiger Generationen

Über die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG)

Die Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen (SRzG) ist eine advokatorische Denkfabrik an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft und Politik und gilt als „bekanntester außerparlamentarischer Think Tank in Sachen Generationengerechtigkeit“ (Wirtschaftswoche). Sie wurde 1997 von einer überparteilichen Allianz fünf junger Menschen im Alter von 18 bis 27 Jahren ins Leben gerufen, wird von einem der jüngsten Stiftungsvorstände Deutschlands geleitet und verfolgt das Ziel, durch praxisnahe Forschung und Beratung das Wissen und das Bewusstsein für Generationengerechtigkeit und Nachhaltigkeit in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft zu schärfen. Die Stiftung ist finanziell unabhängig und steht keiner politischen Partei nahe.

UNTERSTÜTZEN SIE UNS MIT IHRER SPENDE!

per Überweisung:

Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

GLS Gemeinschaftsbank eG

IBAN: DE64 4306 0967 8039 5558 00

BIC (SWIFT-CODE): GENODEM1GLS

...oder auf [generationengerechtigkeit.info/unterstuetzen/](https://www.generationengerechtigkeit.info/unterstuetzen/)

IMPRESSUM

Herausgeberin: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen
Mannspergerstr. 29, 70565 Stuttgart, Deutschland
Tel: +49 711 28052777
Fax: +49 3212 2805277
E-mail: kontakt@srzg.de
[generationengerechtigkeit.info](https://www.generationengerechtigkeit.info)

Redaktion: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen

Design: Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen
Bildnachweis: Titelseite: pixel2013 / pixabay

© Stiftung für die Rechte zukünftiger Generationen
Juni 2024